

Editorial

Ein gemeinsamer Kraftakt



1865 standen zum ersten Mal Menschen auf dem Gipfel des Matterhorns. Diese ausserordentliche Leistung war nur dank vereinten Kräften der beteiligten

Alpinisten möglich. Heute, 150 Jahre später, müssen wir im Kampf gegen den Fachkräftemangel in der Schweiz auch einen gemeinsamen Kraftakt vollbringen. Um diese Herausforderung zu bewältigen, gehen die berufliche Bildung und die Hochschulen einen Schulterabschluss ein (siehe S. 2).

Wie damals am Matterhorn ist das Ziel vorgegeben: Das in der Schweiz vorhandene Potential an vielversprechenden Talenten soll in Zukunft besser ausgeschöpft werden. Die Route, die zu diesem Ziel führt, ist bekannt und in den politischen Lagern anerkannt: Wir müssen die höhere Berufsbildung stärken und gleichzeitig neue Anreize für wissenschaftliche Karrieren schaffen.

Jetzt liegt es an der Politik, die richtige Ausrüstung für den Gipfelsturm bereitzustellen. Nur mit einem mindestens so hohen Mittelwachstum wie in der laufenden Periode (von 3,7%) kann die angestrebte Offensive in der höheren Bildung in den Jahren 2017-2020 umgesetzt werden. Andernfalls wäre die Substanz des Wissensplatzes Schweiz gefährdet, wie uns die BFI-Akteure aufzeigen. Unterstützen wir sie darum jetzt und bewältigen wir die anstehenden Herausforderungen gemeinsam mit ihnen.

Felix Gutzwiller

Ständerat,
Präsident Politikerteam FUTURE

BFI-Botschaft 2017-2020

Das Potential besser ausschöpfen

Die Hochschulen und Forschungsinstitutionen haben ihre gemeinsamen Prioritäten für die Beitragsperiode 2017-2020 definiert (siehe Tabelle S. 2). Angesichts der Unsicherheit über die Internationalität des Wissensplatzes Schweiz gilt es das vorhandene Potential in Zukunft noch besser auszuschöpfen.

Der Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort (BFI) Schweiz steht am Scheideweg. In den kommenden Jahren werden zukunftsweisende Entscheidungen getroffen. Einerseits hängt die Frage nach der künftigen internationalen Offenheit wie ein Damoklesschwert über den Schweizer Hochschulen und Forschungsinstitutionen. Andererseits entscheidet das eidgenössische Parlament mit der BFI-Botschaft für die Jahre 2017-2020 über die Rahmenbedingungen für Bildung, Forschung und Innovation innerhalb der Schweiz. Von diesen beiden Achsen hängt ab, ob die hervorragende Positionierung des Schweizer Wissensplatzes erhalten werden kann.

Die Internationalität ist ein entscheidender Vorteil des BFI-Standortes Schweiz. Sie muss in Zukunft gestärkt werden: Bei der Ausgestaltung des neuen Zuwanderungssystems sind die Bedürfnisse der BFI-Institutionen zu berücksichtigen. Die Hochschulen sollen weiterhin die weltweit besten Köpfe rekrutieren können. Zudem muss die gleichberechtigte Beteiligung der Schweiz an den Bildungs- und Forschungsprogrammen der Europäischen Union wieder gewährleistet sein.

Die Nachwuchsförderung umbauen

Gleichzeitig gilt es im Landesinnern wichtige Reformen anzupacken, um das vorhandene Potential in allen Bereichen besser auszuschöpfen. Es muss entschlossen gegen den akuten Mangel an Fachkräften – in der Wirtschaft wie auch in der Wis-

enschaft – vorgegangen werden. Die Nachwuchsförderung ist eine gemeinsame Priorität der Hochschulen und Forschungsinstitutionen für die BFI-Botschaft 2017-2020. Heute ist die wissenschaftliche Karriere in der Schweiz zu wenig attraktiv. Darum gilt es die Nachwuchsförderung umzubauen. Der Weg führt über eine frühzeitige Selbständigkeit der besten Köpfe und zusätzliche Stellen zwischen Doktorat und Professur zwecks besserer Planbarkeit der Karriere. Um die vorhandenen Talente besser auszuschöpfen, braucht es Massnahmen auf allen Stufen. Dabei müssen die Bedürfnisse der verschiedenen Hochschultypen berücksichtigt werden.

Handlungsbedarf besteht auch beim Wissens- und Technologietransfer zwischen Hochschulen, Wirtschaft und Gesellschaft. Mit zusätzlichem Engagement kann die Zusammenarbeit zwischen Forschenden und Unternehmen erleichtert und das Anwendungspotential von Resultaten der Grundlagenforschung besser ausgeschöpft werden. In der nächsten BFI-Periode muss ausserdem die Förderung der Energieforschung fortgeführt werden, um zukunftsweisende Lösungen für die Energieversorgung zu finden.

Ein weiterer Schwerpunkt ist die Pflege und Entwicklung leistungsfähiger Infrastrukturen. Diese sind ein entscheidender Wettbewerbsvorteil des Schweizer Forschungsplatzes und stehen vielfach am Ursprung bedeutender Innovationen.

Wenn die Schweizer BFI-Akteure ihre Positionierung aufrechterhalten wollen, sind sie auf eine Unterstützung durch den Bund angewiesen, welche an die laufende Periode anknüpft. Heute stehen wir am Scheideweg. Schlagen wir die richtige Richtung ein – sowohl in der Innenpolitik, wie auch in der Aussenpolitik.

Gemeinsame Prioritäten der Hochschulen und Forschungsinstitutionen für die BFI-Botschaft 2017-2020

Nachwuchsförderung	<ul style="list-style-type: none"> - Zusätzliche Assistenzprofessuren mit Tenure Track an den universitären Hochschulen - Verschiedene Massnahmen zur frühen Förderung von Nachwuchsforschenden durch den Schweizerischen Nationalfonds (SNF) - Pilotprojekte für Promotionsvorhaben im anwendungsorientierten Profil der Fachhochschulen - Förderung der Fachdidaktiken an den Pädagogischen Hochschulen
Infrastrukturen	Angemessene Unterstützung durch den Bund bei prioritären Infrastrukturvorhaben (Roadmap)
Wissens- und Technologietransfer	<ul style="list-style-type: none"> - Neues gemeinsames Programm «Bridge» von SNF und der Kommission für Technologie und Innovation (KTI) - Akademien der Wissenschaften: intensiverer Wissenstransfer in Gesellschaft und Politik
Energieforschung	Weiterführung der Kompetenzzentren im Rahmen der BFI-Botschaft 2017-2020
Overhead	Overhead-Anteil von 20% bei allen Projektförderungen von SNF und KTI

Fachkräftemangel

Schulterschluss zwischen Hochschulen und Berufsbildung

Die Vertreterinnen und Vertreter der Berufsbildung und der Hochschulen sind sich einig: Die Schweiz braucht eine Bildungsoffensive. Die Herausforderung besteht darin, das Potential der vorhandenen Talente künftig besser auszuschöpfen und so den herrschenden Fachkräftemangel zu bekämpfen. Im Rahmen eines Schulterschlusses setzen sich die Vertretenden beider Bildungswege für Reformen in allen Bereichen der höheren Bildung ein.

Die Substanz erhalten

Einerseits gilt es die höhere Berufsbildung (HBB) zu stärken. Damit sich künftig mehr Berufsleute höher qualifizieren, müssen die finanziellen Hürden der HBB gesenkt werden. Andererseits braucht es neue Anreize, um den wissenschaftlichen Nachwuchs an den Hochschulen zu fördern –

sowohl im anwendungsorientierten als auch im akademischen Profil. In diesen Forderungen unterstützen sich die Vertretenden der Berufsbildung, der Hochschulen und der Forschung gegenseitig.

Die Anpassungen dürfen jedoch nicht auf Kosten der bestehenden Systeme gehen. Die vorhandene Substanz ist zwingend zu erhalten. Bei der Umsetzung der Vorhaben sind die Institutionen darauf angewiesen, dass die Politik die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung stellt. Die Partner sind sich einig: Für die BFI-Botschaft 2017-2020 ist ein mindestens gleich hohes Wachstum wie in der laufenden Beitragsperiode (von 3,7%) notwendig.

Die Kommission fordert 3,9%

In die gleiche Stossrichtung geht die Forderung der Mehrheit der Kommission für

Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats. In einer Motion beauftragt sie den Bundesrat, in der Periode 2017-2020 ein durchschnittliches jährliches Mittelwachstum von 3,9% (bei einem angenommenen Sockelwachstum von 1%) einzuplanen.

Impressum

© Netzwerk FUTURE 2015

Münstergasse 64/66, 3011 Bern
T 031 351 88 46
info@netzwerk-future.ch
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

Schweizerischer Innovationspark

Letzter Schliff für das Generationenprojekt

Der Schweizerische Innovationspark (SIP) nimmt immer deutlicher Form an. Die Kantone stellten den nationalen Park mit zwei Hub-Standorten in Lausanne und Zürich sowie vorläufig mit zwei Netzwerkstandorten auf. Im Frühjahr 2015 überwies der Bundesrat die Botschaft zur Ausgestaltung und Unterstützung des SIP an das Parlament. Nun liegt es an den eidgenössischen Räten, dem Generationenprojekt – wie es die Befürworter gerne nennen – den letzten Schliff zu geben.

Das Konzept sieht zwei Massnahmen vor, mit denen der Bund den Innovationspark

ins Leben rufen kann: Einerseits sollen Grundstücke im Besitz des Bundes für die Zwecke des SIP zur Verfügung gestellt werden. Dabei geht es insbesondere um eine 70 Hektaren grosse Fläche auf dem heutigen Militärflughafen in Dübendorf. Andererseits soll der Bund zweckgebundene Darlehen zur Vorfinanzierung von Forschungsinfrastrukturen bereitstellen. Der dafür geplante Rahmenkredit beläuft sich auf 350 Millionen Franken.

Erlös zugunsten aller Standorte

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N)

stimmte diesem Konzept mit 20 zu 5 Stimmen deutlich zu. Jedoch erweiterte die WBK-N die Botschaft in einem Punkt: Mit 11 zu 10 Stimmen bei 4 Enthaltungen befürwortet eine knappe Mehrheit einen Antrag, welcher verlangt, dass Erlöse aus dem Grundstück in Dübendorf allen SIP-Standorten zu Gute kommen. Es wurde argumentiert, dass alle Regionen von den Grundstücken in Bundesbesitz profitieren sollen. In der Junisession entscheidet das Plenum der grossen Kammer über diesen Antrag.

IN KÜRZE

40 SNF-Förderungsprofessuren

2015 vergibt der Schweizerische Nationalfonds (SNF) 40 neue Förderungsprofessuren für hervorragende Nachwuchsforschende. Davon gehen 12 an Wissenschaftler, die nach einem Auslandsaufenthalt in die Schweiz zurückkehren. Die Universität Zürich erhält 11 Förderungsprofessuren, die Universität Genf 8 und die Universität Lausanne 5. Je 4 Förderungsprofessuren gehen an die Universitäten Basel und Bern, 3 an die ETH Zürich sowie 2 an die Universität Freiburg. Je eine Förderung geht an die ETH Lausanne, die Universität Neuenburg und die Universität der italienischen Schweiz.

SNF: 3469 Gesuche bewilligt

Im Jahr 2014 investierte der Schweizerische Nationalfonds (SNF) 849 Millionen Franken in die Grundlagenforschung und die Förderung junger Forschender. Insgesamt wurden 3469 Gesuche bewilligt. Hinzu kamen 92 Millionen für Übergangsmassnahmen, welche der SNF nach dem vorübergehenden Ausschluss der Schweiz von den Förderungen des Europäischen Forschungsrates (ERC) lancierte.

Schenker-Wicki wird Rektorin in Basel

Die Universität Basel wählte Andrea Schenker-Wicki als Nachfolgerin des abtretenden Rektors Antonio Loprieno. Die Wirtschaftsprofessorin der Universität Zürich übernimmt ihre Funktion per 1. August 2015.

Martine Rahier im EUA-Vorstand

Martine Rahier, Rektorin der Universität Neuenburg und Präsidentin von swissuniversities, wurde in den Vorstand der European University Association (EUA) gewählt. Die EUA ist die grösste Hochschulvertretung auf europäischer Ebene und setzt sich aus 850 Vertretenden aus 47 Ländern zusammen.

Rektor der Universität Bern gewählt

Der Berner Regierungsrat wählte Christian Leumann zum neuen Rektor der Universität Bern. Der Professor für bioorganische Chemie folgt auf Martin Täuber, der spätestens im Sommer 2017 zurücktreten wird. Die Nachfolgeregelung erfolgte im Rahmen der Wahl der gesamten Universitätsleitung für die Amtsperiode 2015.

Bund und Kantone halten Kurs

Bund und Kantone bestätigen ihre längerfristigen bildungspolitischen Ziele: Sie wollen die obligatorische Schule harmonisieren, in der Sekundarstufe II eine Abschlussquote von 95 Prozent erreichen und für die Inhaber einer gymnasialen Maturität den Zugang zu den universitären Hochschulen sichern. Ein neues Ziel betrifft die Tertiärstufe: Die verschiedenen tertiären Bildungswege – Universitäten, Fachhochschulen und höhere Berufsbildung – sollen auch in Zukunft gestützt werden. Hierbei gilt der Stärkung der höheren Berufsbildung ein besonderes Augenmerk.

Bundeshaushalt 2016: Nationalrat will 500 Millionen sparen

Der Nationalrat will den Bundeshaushalt im Jahr 2016 um 500 Millionen Franken kürzen. Nachdem die grosse Kammer das Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) im Jahr 2013 abgelehnt hatte, genehmigte sie die Vorlage nun mit 127 zu 57 Stimmen. Anträge zur Plafonierung der Bundesausgaben auf den Stand von 2014 hatten keine Chance. Von den Sparmassnahmen sind auch die Hochschulen und der ETH-Bereich betroffen.